

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rijsa.  
Jermul Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Rijsa, des Finanzamts Rijsa und des Hauptzolamts Meißen.

Verlagsort: Dresden 1850  
Stroß Nr. 22.

Nr. 51.

Mittwoch, 2. März 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 28 mm breite, 3 mm hohe Schriftgröße (8 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 28 mm breite Restfläche 100 Gold-Pfennige. Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Festsätze, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontore gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rijsa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Distribution oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Rijsa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rijsa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Rijsa.

## Verständigung mit Warschau?

Wie bekannt sein dürfte, befindet sich zur Zeit der deutsche Gesandte in Warschau, Herr Kauscher, in Berlin, vermutlich um der Reichsregierung über den Erfolg oder den Mißerfolg seiner diplomatischen Versuche in Warschau zu berichten. Tritt man an eine Beurteilung des ganzen Streitfalles heran, so ist zunächst zu beachten, daß die Lösung des Konfliktes nicht auf Maßnahmen oder womöglich auf die Note der neuen deutschen Reichsregierung zurückzuführen ist, sondern daß sie lediglich auf Grund der Dissonanz zwischen einer Warschauer Ausweisungspolitik und den politischen Richtlinien der früheren deutschen Reichsregierung resultierte. Auch die Sonderbesprechungen, die der Gesandte Ulrich Kauscher in Warschau führte, sind lediglich auf Anweisung und auf Grund der Stellungnahme des früheren Ministerpräsidenten Brüning durchgeführt worden. Die „berzeitige“ Reichsregierung hat offensichtlich wenigstens bis jetzt, zu dem herbeigeführten Konfliktstoff noch keinerlei Stellung genommen. Die Anwesenheit des Gesandten Kauscher in Berlin zeigt jedoch, daß das Kabinett irgend welche Beschlüsse fassen will, die es erwidern könnten, die bestehende Spannung zwischen Berlin und Warschau zu lösen. In dem Willen, alles zu versuchen, was die kritische Angelegenheit beseitigen könnte, scheint nunmehr innerhalb des Reichskabinetts eine gewisse Wählungsstimmung und Nachgiebigkeitsbereitschaft gegenüber den politischen Wünschen der Oberhand zu gewinnen. Man hört, daß die ursprüngliche Forderung, die Ausweisungsfrage in gelebten Verhandlungen auch außerhalb des Rahmens der Niederlassungsfrage zu regeln, ehe man weiter verhandeln könne, fallen gelassen worden ist, da die Annahme dieses Vorschlages nach Warschauer Ansicht für die polnische Regierung einen unerträglichen Präzedenzfall darstelle. Auf der anderen Seite scheint dieses Entgegenkommen der Reichsregierung in Warschau insofern eine gleichfalls entgegenkommende Antwort zu finden, als man sich dort bereit erklärt hat, vor der Wiederaufnahme der eigentlichen handelspolitischen Verhandlungen die Niederlassungsfrage nach gewissen Richtlinien zu regeln, die auf eine Modifizierung der polnischen Ausweisungspraxis hinauslaufen würden. Sollte sich tatsächlich in Warschau eine wie oben angegebene mildere Tendenz in der Auffassung der ganzen Streitfrage geltend machen, so wäre man auf dem Wege zur endgültigen Beilegung des Konfliktes zum mindesten ein gutes Stück vorwärts gekommen.

Immerhin ist zu beachten, daß, wenn auch in der Haltung der Regierungen Berlin und Warschau ein etwas stärkerer Wille zum Entgegenkommen sich bemerkbar macht, auf rein sachlichem Gebiet eine Annäherung der Meinungen noch nicht zu verzeichnen ist. Das gilt insbesondere für die Frage, wie die „gewissen Richtlinien“ aussehen sollen, nach denen Polen die Niederlassungsfrage zu regeln beabsichtigt. Auch die Veröffentlichung der Richtlinien selbst ist noch lange nicht gleichbedeutend mit einer restlosen Klarheit. Auf die Praxis kommt es an. Das heißt, auf die Feststellung, ob die Verwaltungspraxis in der Ausweisungsfrage sich im Gegensatz zu früher wesentlich ändern wird. Im übrigen wird die Verschärfung oder die Beilegung des bestehenden Konfliktes sich nicht in Warschau oder in Berlin entscheiden. Diese Entscheidung dürfte dem Erfolg oder dem Mißerfolg der Ansprache überlassen sein, die Reichsaussenminister Dr. Stresemann in den nächsten Tagen mit dem polnischen Außenminister Jaleski in Genf haben wird. Überträgt man die augenblickliche verständigungsbedeute Stimmung in Deutschland und Polen auf den Welt, der diese Aussprache tragen wird, so wird man ihr nicht ohne Hoffnung entgegenzublicken haben.

## Die Wirtschaftsverhandlungen in Paris.

Das deutsche Komunique über die Verhandlungen.  
Paris. Ueber die gestern begonnenen deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wird von deutscher Seite folgendes Komunique herausgegeben:  
Die deutsche und französische Delegation haben am 1. März vormittags eine erste Sitzung im Handelsministerium unter Vorsitz des französischen Handelsministers Bokanowski abgehalten. Es bezieht Einverständnis darüber, in den ersten Sitzungen eine beschränkte Prüfung der Grundlagen des zur Verhandlung stehenden Vertrages vorzunehmen. In diesem Zweck sind am gleichen Tage nachmittags Besprechungen eingeleitet worden.

Paris. Wie die Telegraphen-Union erfährt, haben die deutschen und französischen Delegierten für die Wirtschaftsverhandlungen gestern mit einer Diskussion der Fragen allgemeiner Natur begonnen. Bereits die erste Verhandlung hat, wie von deutscher Seite versichert wird, den ersten Willen beider Parteien gezeigt, in sachlicher Zusammenarbeit über die Schwierigkeiten hinwegzukommen, die keineswegs unterschätzt werden dürfen. Wenn man sich daran erinnert, mit welcher Mühe die Verlängerung des Protokolls zustande gekommen ist, die fast im letzten Augenblick an den französischen Forderungen gescheitert wäre, so wird man sich klar, wie schwierig und langwierig sich die neuen Verhandlungen gestalten können, für die ein Zeitraum von nur drei Monaten vorgesehen ist. Als sachliche Unterlagen werden im wesentlichen die neuen französischen Zolltarife dienen, die demnächst in der Kammer zur Beratung gelangen. Ob sie noch Änderungen erfahren werden, läßt sich zur Zeit noch nicht genau sagen, doch werden sie in ihrer gegenwärtigen Gestalt auf deutscher Seite als eine Unterlage betrachtet, die eine Entlassung erzwinge.

## Frankreichs „friedliches“ Verteidigungssystem.

### Kontinentele Sicherheitsforderungen Frankreichs.

Paris. Der französische Kriegsminister Weirand hat in einem Interview das Festungsbauprogramm an der deutsch-französischen Grenze näher erläutert. Wir hören von unterrichteter Seite, daß die deutsche Regierung schon seit längerer Zeit über die Absichten Frankreichs, seine Ostgrenze gegen deutsche Angriffe zu sichern, unterrichtet ist, und daß man sie in keiner Weise als mit der Wappolitik von Locarno als nicht vereinbar erklärt. Aus den neuen Äußerungen des französischen Kriegsministers entnehmen man in Berlin, daß in Paris die Absicht besteht, mit der Räumung des Rheinlandes erst dann zu beginnen, wenn die Festungsarbeiten durchgeführt sind, was noch etwa zwei bis drei Jahre dauern würde. Wenn die Reichsregierung im Augenblick auf die Erörterung der Räumungsfrage ausnahmsweise eingehen nicht beabsichtigt, so darf es doch als völlig ausgeschlossen gelten, daß man sich in Berlin noch mehrere Jahre mit der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen verdröben läßt, nur um dem „Sicherheitsbedürfnis“ der französischen Bevölkerung Genüge zu tun. In den politischen Parteien wird es sehr bedauert, daß Frankreich am Westen fast völlig freie Hand hat, und daß die englische Regierung das Räumungsproblem und die übrigen europäischen Fragen, die das besondere Interesse Frankreichs beanspruchen, nur auf ihrem Charakter als Austauschobjekte für ihre Außenpolitik wertet.

### Frankreichs Flottenrüstungen.

Paris. Der französische Marineminister Doumergue gab dem Vertreter des Interimsgesandten ein Interview über die Entwicklung der französischen Marine, wobei er u. a. ausübte, daß die französische Regierung vorläufig nicht plane, neue Großkampfschiffe zu bauen oder die veralteten Einheiten zu ersetzen. Die ganze Anstrengung richtete sich auf den Bau von kleinen Kreuzern, Torpedobooten und U-Booten. Die Erfolge, die Frankreich gerade wegen der Konzentration auf diesem Gebiet erzielt habe, seien sehr groß. Jedenfalls ständen seine Neubauten in keiner Weise den modernsten englischen Einheiten nach. Auch die Geschwindigkeit solle wesentlich vergrößert werden. Nach Durchführung des neuen Flottenbauprogramms werde Frankreich allerdings noch nicht die Kriegsmarine haben, auf die es ein Recht besitze. Die Regierung werde, wenn das Land seine Zustimmung gebe, sehr bald mit weiteren Forderungen hervortreten.

Frankreich kann, wenn auch an dem neuen Zolltarif vom deutschen Standpunkt aus sehr viel auszusagen ist. Die Aufgabe der deutschen Delegation ist in Anbetracht des Zolltarifes sehr schwierig. Sie wird allerdings durch die Tatsache erleichtert, daß der französische Regierung wesentlich mehr am Abschluß eines deutsch-französischen Wirtschaftsvertrages liegt als Deutschland.

## Vollstbegehren für Aufwertung?

Berlin. (Telunt.) Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungsgesellschaften und Wirtschaftsanstalten hat dem Reichsfinanzminister den Entwurf eines „Gesetzes zur Wiederherstellung des Volkvermögens“ eingereicht und den Antrag gestellt, ihn zum Gegenstand eines Vollstbegehrens zu machen. Die Unterschriftenliste für den Antrag, die bekanntlich im November v. J. begonnen hat, hat weit mehr Unterschriften als die erforderliche Zahl ergeben.

## Das Befinden des Reichspräsidenten Loh

ist, wie das Nachrichtenbüro des VDB, erzählt, heute befriedigend. Puls und Temperatur sind gut. Die Wunden sondern aber noch reichlich ab, so daß der Patient demnächst noch längere Zeit in der Klinik verbleiben muß.

## Englands Antwort an Coolidge.

### Aannahme des Konferenzvorschlages.

London, 1. März. Die bereits kurz gemeldete Antwortnote der britischen Regierung auf die amerikanische Flottenabstimmungsnote hat folgenden Wortlaut:  
„S. M. Regierung in Großbritannien nahm mit herzlichem Sympathie die Einladung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika entgegen, an einer Besprechung in Genf über eine weitere Einschränkung der Flottenrüstungen teilzunehmen. Die Ansichten S. M. Regierung über die besondere geographische Lage des britischen Reiches, die Länge seiner Verbindungswege und die Notwendigkeit des Schutzes seiner Lebensmittelferzeugung sind bekannt und müssen zusammen mit den besonderen Verhältnissen und Erfordernissen der anderen zur Teilnahme an den Besprechungen eingeladenen Länder in Betracht gezogen werden. S. M. Regierung ist trotzdem bereit, zu erwägen, in welchem Umfange die in Washington angenommene Grundidee ausgedehnt werden können, sei es bezüglich

## Eine französische Stiebsstunde.

Paris. Bei einer Rundschau der französischen Vereinigung für den Frieden, die in Anwesenheit zahlreicher Parlamentarier der Linken und der Mittelpartei stattfand und die das Werk von Locarno und dadurch auch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund feierte, sprach der Vorsitzende der Vereinigung Paul Boncour selbst über die Rolle des Völkerbundes und erklärte, die Wüstung der Vorbereitenden Entwaffnungskommission werde über das Schicksal der Entwaffnungskonferenz entscheiden. Jede Nation müsse Opfer bringen. Frankreich sei dazu bereit, aber die anderen müßten das Gleiche tun; wenn das Schicksal der Konferenz das Schicksal der Protokolle erlösen sollte, dann werde Frankreich keine Verantwortung tragen, wenn aber die Konferenz, wie er hoffe, zu einem Ergebnis gelangen werde, dann werde die Entwaffnungsfrage aus dem nationalen Rahmen herausgehoben in den internationalen, denn von da ab könne kein Staat mehr durch sein Parlament die internationalen Abmachungen abändern.

Einen großen Eindruck machte die Rede des Vertreters des britischen Nationalrates zur Verhinderung von Kriegen, jetzt Mitglied des Unterhauses, Dennis Gifford, der zum Ausdruck brachte, welche ungeheure Bedeutung die Politik von Locarno, vor allem aber der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund für die Pazifizierung Europas habe.

Es sprachen außerdem Professor Ribot und der serbische Gesandte in Paris Spalankowitsch und im Namen der auswesenden Parlamentarier der U. S. de Morris-Diester, der in einer überaus leidenschaftlichen Stiebsstunde für die Schaffung eines europäischen Parlaments eintrat, das das Werk von Genf krönen könne. Endlich sprach noch der ehemalige portugiesische Gesandte in Paris Alphonse Costa, der sich in seiner Rede mit der letzten portugiesischen Regierung beschäftigte und einen feierlichen Protest erhob gegen die Absicht der Regierung, ohne die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes zu wahren, eine Anleihe von 12 Millionen Pfund Sterling in England aufzunehmen, um dafür Kriegsmaterial zu kaufen. Im Namen der konstitutionellen Partei Portugals sei er beauftragt, die Erklärung abzugeben, daß niemals irgendeine nachfolgende verfassungsmäßige parlamentarische Regierung in Portugal die Verfassung dieser Schuld anerkennen würde.

des Verhältnisses verschiedener Schiffsklassen zwischen den verschiedenen Mächten oder in anderen wichtigen Hinsichten. Sie nimmt daher die Einladung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika an und wird ihr Bestes tun, um den Erfolg der vorgeschlagenen Konferenz zu fördern. Sie möchte jedoch bemerken, daß die Besetzung einer solchen Besprechung mit den Verhandlungen der Vorbereitenden Kommission in Genf eine sorgfältige Regelung erfordern würde.

## Die Aufnahme in Washington.

Newport. In Washington mißt man der Annahme des amerikanischen Abrüstungs Memorandums durch England keine allzu große Bedeutung bei, da infolge der französischen und italienischen Ablehnung erfolgversprechende Entwaffnungsbesprechungen nicht mehr zu erwarten sind.

## Aus der Deutschen Volkspartei.

Der Geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei, Ostschlesien, hielt unter der Leitung des Wahlkreisvorsitzenden, Staatsminister a. D. Dr. Oetke, am Sonnabend in Dresden eine Sitzung ab, die sich vorwiegend mit der Erörterung wichtiger Organisationsfragen und der landespolitischen Lage befaßte. Den vorliegenden Vorschlägen auf einen engeren organisatorischen Zusammenschluß der drei schlesischen Wahlkreiseverbände der DVV, gab der Ausschuss vorbehaltlich der Genehmigung des Wahlkreisvertretertages seine Zustimmung. Die Einberufung der Jahreshauptversammlung der DVV Ostschlesien wurde für den April nach Dresden in Aussicht genommen. Weiter beschloß der Ausschuss, das 60-jährige Jubiläum der Nationalliberalen Partei gemeinsam mit dem Ortsverein Dresden der DVV am Sonntag, dem 6. März, in Dresden festlich zu begehen. Ausführliche Berichte über die landespolitische Lage erstatteten die Landtagsabgeordneten Beck, Herrnhut und Koenig-Röhschendorf. Der Ausschuss unterwarf eingehend die bei der Bildung der neuen schlesischen Regierung zutage getretenen und noch nachwirkenden politischen Schwierigkeiten, die er in der Hauptsache auf die Parteienzersplitterung bei der letzten Landtagswahl zurückführte. Die Politik der Fraktion wurde einstimmig gebilligt und ihre entschiedene Fortführung allseitig gewünscht.

Zum Schluß der Sitzung fand ein Antrag des Frauen-Ausschusses auf stärkere Berücksichtigung der Frauen bei der Zusammenlegung der Ortsvereinsvorstände einstimmige Annahme. Zum Vertreter des Wahlkreisvorstandes auf der Partei-Jubiläumfeier in Gannow wurde Finanzdirektor i. R. Anders gewählt.